



## "Irrweg Grundeinkommen" - eine haltlose Kritik

Von Ronald Blaschke und Herbert Wilkens \*

**Prominente Autoren kritisieren das Grundeinkommen, aber mit unzutreffenden Argumenten. Dass das Buch dennoch lesenswert ist, liegt an seiner Kritik am Neoliberalismus und an den wirtschaftspolitischen Vorschlägen zur Überwindung der aktuellen Krise des Wirtschafts- und Währungssystems in Deutschland und Europa.**

Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens sind immer erfreut, wenn ihr Thema wieder auf die Tagesordnung kommt. Starke Kritik ist sogar sehr willkommen, als sie die Schwächen der verschiedenen Konzepte überwinden und das Profil der Idee schärfen hilft. Die Arbeit an der politischen Durchsetzung wird gestärkt. Deshalb ist hier ein neues Buch zu begrüßen:

### **Irrweg Grundeinkommen**

Die große Umverteilung von unten nach oben muss beendet werden.

von Heiner Flassbeck, Friederike Spiecker, Volker Meinhardt und Dieter Vesper.  
Frankfurt 2012 (Westend)

Die Autoren sind ein Team um Heiner Flassbeck (Chefvolkswirt der UNCTAD - United Nations Conference on Trade and Development) - frühere Kollegen aus dem DIW Berlin und ausgewiesene Fachleute für Makroökonomie (Friederike Spiecker), Sozialpolitik (Volker Meinhardt) und Finanzpolitik (Dieter Vesper).

Der Titel des Buches verwirrt: Er könnte so verstanden werden, als sei das Grundeinkommen die große Umverteilung von unten nach oben, die nun beendet werden müsse. Tatsächlich wurden bisher in Deutschland weder Schritte Richtung Grundeinkommen unternommen (die beendet werden könnten) noch wären solche Schritte eine Umverteilung von unten nach oben. Vielen Grundeinkommensmodellen wird genau das Gegenteil attestiert, nämlich kräftig von oben nach unten umzuverteilen. Das heißt, ein Grundeinkommen für alle, das die Existenz und Teilhabe eines jeden sichert, ist ein wichtiges Mittel gegen die soziale Schieflage aufgrund jahrzehntelanger Umverteilung von unten nach oben. Das Buch ist eine Kampfschrift, die eigentlich den Titel "Irrweg Neoliberalismus" tragen müsste.

Die Autoren belassen es nicht dabei, die Fehlentwicklung der Wirtschaftspolitik in Deutschland zu beschreiben und zu brandmarken. Sie weisen auch Wege zu ihrer Überwindung. Die Richtung wird schon im Untertitel des Buches klar: "Die große Umverteilung von unten nach oben muss beendet werden." Es ist zu begrüßen, dass Verteilungsfragen

---

<sup>F</sup> Ronald Blaschke und Dr. Herbert Wilkens gehören der Online-Redaktion des Netzwerks Grundeinkommen an. Ihre hier geäußerten Meinungen sind nicht notwendig Positionen des Netzwerks Grundeinkommen. Die Verfasser danken Dr. Ingmar Kumpmann für zahlreiche wertvolle Hinweise.



in den Mittelpunkt gerückt werden, dass Verteilung als ein ökonomisches Kernproblem erkannt wird, dass klar herausgearbeitet wird, warum die Verteilung integriertes Element jeder Wirtschaftsordnung ist und dass die Veränderungen, die in den letzten Jahrzehnten zu krisenhaften Problemen führten, in dem Buch mithilfe von Überlegungen zur Verteilung ökonomisch analysiert werden.

Die Schlussfolgerung, dass wir mehr Gleichheit brauchen, ist völlig zutreffend. Dadurch lässt sich auch die Erwerbslosigkeit bekämpfen, denn sie entstand durch die Umverteilung, die jahrzehntelang den privaten Konsum gedrosselt hat. Wie die Rückverteilung geschehen kann, erläutern die Autoren in der pädagogischen Absicht, Zweifler zu überzeugen. Im Kern laufen die Vorschläge auf ein Maßnahmenbündel hinaus, das sich der immer noch vorherrschenden neoliberalen Ideologie entgegenstellt. Es enthält vor allem die folgenden Elemente:

- Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn
- Abschaffung von Lohnsubventionen, insbesondere Kombilöhnen
- Weitergabe des Produktivitätsfortschritts in den Löhnen
- Reform des Steuersystems mit Anhebung des Einkommensteuer-Spitzensatzes, Schonung der Mittelschicht bei der Einkommensteuer, Vermögensteuer auf hohe Vermögen einschl. Immobilienvermögen, Anhebung der Erbschaftsteuer
- Ausbau der Sozialversicherungen zu einer Bürgerversicherung.
- Auskömmliche Finanzierung der staatlichen Aufgaben insbesondere in der Bildungspolitik und bei der Erhaltung und dem Ausbau der materiellen Infrastruktur
- Korrekturen in der Lohn-, Geld- und Fiskalpolitik so dass die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen in der Europäischen Währungsunion abgebaut werden
- Angemessene Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum unter Berücksichtigung der Ressourcenökonomie und des ökologischen Umbaus.

Das ist ein ambitioniertes Programm, besonders wenn man die aktuellen politischen Trends bedenkt, die genau in die entgegengesetzte Richtung weisen. Solche Forderungen kann man nur erheben, wenn man sich mit einer guten Portion Optimismus wappnet.

Solchen Optimismus lassen die Autoren bei der Erörterung des Grundeinkommens gänzlich vermissen. Die positive und für die Gesellschaft heilsame Wirkung wird nicht zur Kenntnis genommen. Kein Wort über die neuen Möglichkeiten der Menschen, sich produktiv für ihre Mitmenschen zu engagieren, mit echter Motivation zu arbeiten, Neues auszuprobieren. Freiheit des Einzelnen wird nicht als gesellschaftlich belebend und die Demokratie fördernd erkannt. Kein Seitenblick auf Menschenwürde oder gar Menschenrechte. Dass ein Grundeinkommen die Armut beseitigen kann, nehmen die Autoren gar nicht wahr. Das gilt für die Lage der Erwerbslosen, besonders aber für die verdeckte Armut derjenigen, die Anspruch auf soziale Unterstützung hätten, sie aber nicht beantragen. Nichts ist über die emanzipatorische Wirkung und die Auflösung von existenziellen Abhängigkeiten zu lesen. Empathie mit den heute systematisch Benachteiligten kann in staubtrockenen Äußerungen nicht zum Ausdruck kommen. Diese Menschen - so ein Argument der Verfasser - wären am Ende schlechter gestellt als vorher, weil die Reichen ihre hohe Steuerbelastung auf Dauer nicht hinnehmen würden. Überflüssig zu erwähnen, dass solche Befürchtungen bei den eigenen Vorschlägen für eine massive Rückverteilung nicht auftauchen.



Auf solchem gedanklichen Boden kann keine angemessene Beurteilung der Grundeinkommensidee gedeihen. Die Autoren versteigen sich sogar zu der Behauptung, die Grundeinkommensvorschläge krankten gerade daran, dass die Ziele des Konzepts in eklatanter Weise die Diskussion dominierten (S. 10), statt es in eine Theorie und Politik der wirtschaftlichen Entwicklung einzuordnen. Wer keine klaren Ziele hat, geht allerdings wirklich in die Irre.

Im Folgenden konzentrieren wir uns auf jene Aspekte des Buches, die mit dem Grundeinkommen direkt zu tun haben. Dabei handelt es sich um 52 der (ohne Anhang) 215 Seiten.

Aus der großen Zahl der Grundeinkommensvorschläge (siehe [Übersicht](#)) haben die Autoren drei herausgegriffen:

- den Ansatz von Götz Werner
- das "Solidarische Bürgergeld" von Dieter Althaus und Hermann Binkert (partielles Grundeinkommen)
- das "Emanzipatorische Grundeinkommen" der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE von Stefan Wolf 2010

Bedauerlich ist, dass der schon weit vorangeschrittene Diskussionsprozess bei Bündnis 90 / Die Grünen, bei der Partei DIE LINKE, bei den unabhängigen Erwerbsloseninitiativen und bei der Katholischen Arbeitnehmerbewegung nicht berücksichtigt wurde. Spätestens dann wäre den Verfassern wohl aufgefallen, dass man nicht unterstellen kann, das Grundeinkommen würde eines Tages fertig vom Himmel fallen und alles auf einen Schlag ändern. Vielmehr dürfte der Weg in Zwischenschritten zu gehen sein. Götz Werner schlägt das seit jeher vor, und eine Studie von [Ingmar Kumpmann](#) nannte Einzelheiten. [Wolfgang Strengmann-Kuhn](#) und andere Grünen-Politiker arbeiten permanent an einer schrittweisen Annäherung an das bedingungslose Grundeinkommen (siehe [z.B. hier](#)), ebenso [Mitglieder der LINKEN](#) und vieler [Gewerkschaften](#). Ein allmähliches Vorgehen wäre nicht nur leichter hinnehmbar für diejenigen, die für die Umverteilung netto zahlen, es hätte auch den Vorteil, dass eventuelle Fehlentwicklungen laufend beobachtet und korrigiert werden können.

Flassbecks Team folgt seiner gedanklichen Leitschnur, die das Grundeinkommen als ein Mittel der Umverteilung betrachtet. Schon immer muss eine solche Umverteilung, die am Markt ursprünglich erzielte Einkommensverteilung (Primärverteilung) korrigieren, u.a. um Menschen, die kein Erwerbseinkommen erzielen, nicht zu Bettlern zu machen. Das Grundeinkommen wird also als eine besondere Form solcher Umverteilung analysiert. Für sich allein ist das allerdings ein recht einseitiger Ansatz, denn es wäre ja zu bedenken, dass das Grundeinkommen eine umfassend andere, nämlich wesentlich freiheitlichere Gesellschaftsform zum Ziel und zur Folge hat. Im Verlauf des Buches werden einige solcher gesamtgesellschaftlichen Aspekte zwar angesprochen (z.B. S. 20), aber das führt nicht zu einer generell anderen Betrachtungsweise der Autoren.

Den Autoren kommt es darauf an zu prüfen, inwieweit die Umverteilung anders als bisher durch ein Grundeinkommen geleistet werden kann und ob es in ein System der Marktwirtschaft passt bzw. wie es um die Finanzierbarkeit steht. Im Folgenden listen wir die Hauptkritikpunkte auf und kommentieren sie.



## 1. Das Grundeinkommen sei nicht mit dem System der Marktwirtschaft vereinbar

Die Autoren haben in einer auszugsweise veröffentlichten Zusammenfassung ([Le monde diplomatique 9.11.2012](#)) selber ihren Haupteinwand gegen das Grundeinkommen hervorgehoben. Sie fassen die Seiten 36-38 des Buches wie folgt zusammen:

"Die wirtschaftliche Stabilität eines demokratischen Gesellschaftssystems beruht nicht zuletzt darauf, dass es für seine Mitglieder Rahmenbedingungen setzt, innerhalb derer jede legale Verhaltensmöglichkeit, auch wenn sie von allen gleichzeitig wahrgenommen wird, zum Erhalt des Systems und nicht zu seinem Untergang beiträgt. Das ist sozusagen der Lackmusest beim gedanklichen Übergang vom einzelwirtschaftlichen Rationalverhalten zu seinen gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen, den die Wirtschaftsordnung eines auf Freiheit basierenden, demokratisch organisierten Staates bestehen muss. In einer Demokratie bedeutet die Freiheit des Einzelnen, dass ihm innerhalb des gesetzlichen Rahmens keine Verhaltensvorschriften gemacht werden dürfen. Dieser gesetzliche Rahmen muss aber auch gewährleisten, dass die Freiheit des Einzelnen die Freiheit aller anderen nicht einschränkt.

Genau diese Funktionsvoraussetzung ist beim bedingungslosen Grundeinkommen nicht gegeben: Wenn sich *alle* Bürger eines Landes auf den Anspruch des bedingungslosen Grundeinkommens berufen und nur das tun, was ihnen gerade Spaß macht, was aber nicht notwendigerweise am Markt von irgendjemand anderem nachgefragt wird, gibt es keine ausreichende materielle Grundlage, aus der heraus die gesetzlichen Ansprüche jedes Einzelnen gegen den Staat, gegen 'die Allgemeinheit', bedient werden können. Die Freiheit des einen, nicht am Erwerbsleben teilzunehmen, auch wenn er dazu in der Lage wäre, führt zum Zwang für andere, eben diese Freiheit des einen durch eigene Arbeit und die eigene Bereitschaft, deren Früchte zu teilen, zu ermöglichen. Anderenfalls könnte der Staat seine Versprechungen gegenüber dem 'freiwillig' Nichtarbeitenden nicht erfüllen. Damit ist aber die Freiheit des einen sozusagen auf die 'Unfreiheit' anderer angewiesen. Wollen alle die gleiche Freiheit nutzen, bricht das System in sich zusammen.

Daran ändert sich auch nichts, wenn man es für unwahrscheinlich hält, dass sich alle gleich verhielten (etwa weil die Bessersituierten sich nicht auf ein Wohlstandsniveau in der Nähe des Existenzminimums herablassen werden). Es genügt, wenn *etliche Leute* durch reduzierte Arbeit jene 1000 Euro monatlich, die ihnen einige Modellvarianten als Grundeinkommen versprechen, weniger verdienen als derzeit, und schon kollabiert das System. Der Versuch einer relevanten Gruppe, diese Möglichkeit zu nutzen, kann dazu führen, dass immer mehr Menschen nicht einsehen, warum sie voll arbeiten, während andere ihre Arbeit sozusagen um 1000 Euro reduzieren, aber das gleiche Gesamteinkommen erzielen. Sie werden sich deshalb entweder selbst so verhalten oder gegen das System revoltieren, es zumindest zu unterlaufen suchen."

*(Hervorhebung H.W. Ähnliche Argumente werden auf S. 200 ff wiederholt.)*

Eine in dieser Weise systematisch fundierte Kritik ist zwar in der Tat neu. Doch ist die rigorose Forderung, das System müsse auch funktionieren, wenn alle ein bestimmtes



Anrecht - gleichzeitig! - in Anspruch nehmen, für eine Gesellschaft mit Grundeinkommen relevant?

Ein paar Beispiele können zeigen, dass ein so strenges Kriterium unnötig ist und auch sonst nicht angewendet wird:

- Die Freiheit der Berufswahl schließt die Freiheit ein, Bäcker zu werden. Würden aber alle Bäcker werden, würde diese Freiheit sich selbst aufheben.
- Im Straßenverkehr haben alle Autofahrer die Freiheit am Sonntagnachmittag die Autobahn 7 von Northeim-Nord Richtung Seesen zu fahren. Auch diese Freiheit wird es nur so lange geben, wie nur eine Minderheit davon Gebrauch macht.
- Sparer dürfen ihre Guthaben von der Bank abheben. Tun es alle, bricht das Bankensystem zusammen.
- Gesetzt den Fall, die Museen wollten wieder zu der Politik des freien Eintritts zurückkehren - würde man das mit dem Argument ablehnen können, dass dann jeden Tag alle Bürger die Museen stürmen würden?

Viele Rechte und Freiheiten können nur garantiert werden, weil sie nicht von allen gleichzeitig in Anspruch genommen werden – das ist schon heute eher die Regel als die Ausnahme, und das gilt auch für das bedingungslose Grundeinkommen. Die Frage ist deshalb nicht, was passieren würde, wenn sich alle oder viele aus dem Erwerbsleben zurückziehen würden, sondern welche Wirkung auf die Erwerbsbeteiligung wahrscheinlich ist.

Hätten sich die Autoren nur einmal selbst gefragt, ob sie sich jemals mit 1000 Euro monatlich zufrieden geben würden! Keiner von den vieren täte das. Sofort wäre ihnen aufgefallen, dass ihr Untergangsszenario unrealistisch ist. Denn warum sollte ein Ingenieur, ein Werkstattmeister, ein Kommunalbeamter freiwillig bei 1000 Euro stehenbleiben? Spätestens bei denen, die am Markt nachgefragte Spezialkenntnisse und -Fähigkeiten haben, würde der von den Autoren an die Wand gemalte Schneeballeffekt hin zum Nichtstun enden. Da ein Grundeinkommen stets nur ein wirklich bescheidenes Lebensniveau - z. B. in Höhe der Armutsgrenze - abdecken soll, ist der Anreiz groß, eigenes Einkommen zu erzielen.

Jeder kommt in den Genuss des Grundeinkommens plus seines persönlichen Zusatzeinkommens, sobald er eine Erwerbstätigkeit ausübt. Wie die Autoren auf die gegenteilige Idee kommen konnten (S. 38), das Gesamteinkommen von Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen, die lediglich das Grundeinkommen beziehen, könnte jemals identisch sein, ist unerfindlich.

Die von den Autoren aufgestellte Systemregel ist somit absolut inadäquat für die hier betrachteten Wirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens auf Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Grundgedanke, dass das Wirtschaftsleben nicht durch massenhaften Rückzug ins Private geschwächt werden darf, ist übrigens nicht neu. Ingmar Kumpmann hat die Zusammenhänge 2009 ("[Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens](#)") und 2008 ("[Das Finanzierungsproblem ist das Anreizproblem](#)") analysiert. Er stellt fest: "Bei der Frage nach der Finanzierung geht es im Kern darum, wie sich das Grundeinkommen auf das Verhalten der Menschen auswirkt. ... Das bedingungslose Grundeinkommen soll die Menschen vom Markt unabhängiger



machen, ist jedoch zu seiner Finanzierung auf die Wertschöpfung am Markt angewiesen."

Seine Schlussfolgerung - spiegelbildlich zu den Gedanken in dem hier rezensierten Buch, jedoch ins Positive gewendet - lautet:

"Bremst das Grundeinkommen die Wertschöpfung im Erwerbssektor der Volkswirtschaft, dann reduziert dies die besteuerbare Finanzierungsgrundlage des Grundeinkommens selbst. Im schlimmeren Fall kann dies die Finanzierung des Grundeinkommens gefährden. Die Finanzierungsfrage ist somit nicht die Frage, wie wir einen großen Geldbetrag aufbringen können, sondern wie sich das Grundeinkommen auf die Anreize zur Wertschöpfung im Erwerbssektor auswirkt.

Mögliche bremsende Effekte auf die Wertschöpfung am Markt müssen abgewogen werden gegenüber dem Erfolg bei der Armutsbekämpfung und der Absicherung individueller Freiheit, die ein Grundeinkommen den Menschen bringt. Grenzen der Leistungsbereitschaft im Erwerbsleben setzen jedoch für das Grundeinkommen eine materielle Obergrenze: Das Grundeinkommen kann maximal so hoch sein wie die Bereitschaft der Menschen, zur Wertschöpfung beizutragen, hoch genug bleibt, damit die Finanzierung gesichert ist." (2009)

Das Netzwerk Grundeinkommen hat seine Position in dieser Frage so zusammengefasst:

"Bei einem ausreichend hohen Volkseinkommen ist auch die Finanzierung des Grundeinkommens gesichert. Dazu wird es zweifellos kommen, denn die Produktivität wird durch die höhere Motivation der Erwerbstätigen gesteigert, und durch das bessere Zusammenwirken von Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeiten steigt der Wohlstand." ("[Fragen und Antworten](#)", Textziffer 35)

Der richtige Kern der in dem Buch geübten Kritik liegt darin, dass das Grundeinkommen Erwerbsanreize vermindert. Umso überraschender ist es, dass die Autoren vorhandene empirische Studien zu dieser Frage gar nicht zur Kenntnis nehmen. Zu nennen wären beispielsweise das Gutachten des Sachverständigenrats (Jahresgutachten 2007/08, Ziffern 324-353), die Untersuchungen von Fuest, Clemens/Peichl, Andreas (2007) (Grundeinkommen vs. Kombilohn: Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen und Unterschiede im Empfängerkreis, FiFo-CPE Discussion Paper No. 07-9, Köln) oder die Ergebnisse der Grundeinkommensexperimente in den USA und Kanada in den 1970-er Jahren (vgl. Widerquist, Karl (2005): A failure to communicate: what (if anything) can we learn from the negative income tax experiments? In: The Journal of Socio-Economics 34, S. 49-81).

Richtig ist, dass die Effekte im Voraus nicht zuverlässig bestimmt werden können. Prognosen, wie umfangreich der Rückzug aus Erwerbsarbeit in andere Tätigkeiten sein könnte, sind schwierig. Aber auf keinen Fall ist die Analogie zu heutigen Verhältnissen tragfähig, wie sie von dem Autorenteam vorgebracht wird (S. 42):

"Bereits heute, im System *bedingter* Hilfe, stellen sich viele Menschen die Frage, ob sich Erwerbsarbeit überhaupt noch lohnt. Wie viel drängender dürfte diese Frage dann in einem System bedingungslosen Grundeinkommens gestellt werden? Und wie viel häufiger wird sie dann - und zwar völlig zu Recht - dahingehend beantwortet werden, dass es sich eben nicht lohnt, einer Erwerbsarbeit nachzugehen?"



Heute stellt sich diese Frage vor allem, weil meist unzumutbare Niedriglöhne gezahlt werden und weil die zusätzlichen Einkommen - wie übrigens auch von den Autoren selbst erwähnt - zu 80% auf das Arbeitslosengeld II angerechnet werden und obendrein ständig zusätzlichen Kontakt zur verabscheuten Arbeitsagentur nach sich ziehen. Bei allen Grundeinkommensmodellen - auch den im Buch betrachteten - kommt bei gering entlohnter Beschäftigung netto viel mehr bei den Erwerbstätigen an als heute.

Wenn Menschen einen Teil ihrer Arbeitskraft wegen des Grundeinkommens nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt feilbieten, sondern zum Beispiel in Teilzeit arbeiten oder berufliche Auszeiten nehmen, wäre das sogar zu begrüßen. Denn dadurch würden Arbeitsplätze frei für diejenigen, die Erwerbsarbeit suchen – nämlich für die 3,7 Millionen [Unterbeschäftigten](#) in Deutschland. Das heißt, das Grundeinkommen hätte, verbunden mit einer intelligenten Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik, sogar den Effekt, Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt und beim Markteinkommen (vgl. [Umfrageergebnisse](#)) zu mindern – ohne dass die Wirtschaftsaktivität reduziert würde.

Die hier zurechtgerückte Fehleinschätzung zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Buch, soweit es Fragen des Grundeinkommens behandelt. Die vielen Fehlentwicklungen, die angeblich durch ein bedingungsloses Grundeinkommen ausgelöst werden, sind erst dann zu befürchten, wenn man von einer Massenflucht aus dem Erwerbsleben ausgeht. Sie sind insoweit also haltlos. Dennoch wollen wir im Einzelnen auf die wichtigsten übrigen Kritikpunkte eingehen.

## **2. Das Grundeinkommen sei ungerecht, weil andere die freiwillige Nicht-Erwerbstätigkeit finanzieren müssen**

An verschiedenen Stellen kritisiert das Buch die vermeintliche Ungerechtigkeit, das Prinzip von Leistung und Gegenleistung, welches für die Marktwirtschaft unabdingbar sei, werde aushebelt. Erwerbstätige müssten für freiwillig Nicht-Erwerbstätige zahlen.

Von letzteren wird aber kaum jemand in keiner Weise für andere Menschen tätig sein, und diese Tätigkeiten haben einen hohen gesellschaftlichen Wert, egal ob bei der Erwerbsarbeit, beim bürgerschaftlichen Engagement und bei der Ausübung eines Ehrenamtes, im privaten Umfeld (z. B. Kindererziehung oder Pflege) oder bei der eigenen immateriellen Tätigkeit (Beispiel Bildung). Das Grundeinkommen dient dazu, dies häufiger als bisher zu ermöglichen. Im Jahr 2001 nahm der Bereich der unbezahlten gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten (Haus-, Sorge- und Pflegearbeit in der Familie, ehrenamtliches Engagement) fast doppelt soviel Arbeitszeit in Anspruch (rund 96 Milliarden Stunden jährlich) wie die Erwerbsarbeit (56 Milliarden Stunden).

Aber auch den Wenigen, die für ihre Mitmenschen keinerlei Nutzen stiften wollen, obwohl sie es könnten, steht die Existenzsicherung zu, denn sie ist ein Menschenrecht. In einer Gesellschaft, die Güter und Infrastruktur mit immer geringerem Produktionsaufwand bereitstellen kann, ist dieses Menschenrecht auch grundsätzlich materiell abgesichert.

Wenn von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit die Rede ist, soll auch die Verteidigung der Bedürftigkeitsprüfung (S. 36, ähnlich auch S. 201) nicht unerwähnt bleiben:



"Die Bedürftigkeitsprüfung ist - das ist ein zentrales Prinzip des bisherigen Systems - das Gegenstück zur Besteuerung nach Leistungsfähigkeit: Wie jeder so besteuert werden soll, dass er das gleiche 'Opfer' für die Gesellschaft erbringt, so soll jeder in dem Maße unterstützt werden, wie er objektiv nicht in der Lage ist, für sein eigenes Auskommen und das der von ihm abhängigen Menschen, vor allem seiner Kinder, zu sorgen."

Offenbar nehmen die Verfasser die zutiefst entwürdigende Situation von Millionen Menschen, die diesem bürokratischen Verfahren unterworfen sind, nicht zur Kenntnis. Es ist extrem ungerecht, Erwerbslose in Existenznot zu treiben, während große Teile der Gesellschaft im Konsumrausch taumeln.

Die Autoren des Buches nehmen billigend in Kauf, dass das deutsche Grundsicherungssystem, weil es eine Bedürftigkeitsprüfung voraussetzt, Millionen Menschen Leistungen vorenthält, die ihnen gesetzlich zustünden.<sup>1</sup> Bei Hartz IV trifft es über 50 Prozent derjenigen, die Anspruch auf die Grundsicherung haben ([Irene Becker/Richard Hauser 2010](#), S. 138), bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sogar 68 Prozent ([Irene Becker 2012](#)). Wie kann man ein System verteidigen, das systematisch das Grundrecht auf soziale Sicherheit sowie auf Existenz- und Teilhabesicherung verletzt? Das bedingungslose Grundeinkommen würde damit restlos aufräumen.

### 3. Das Grundeinkommen führe zu Inflation

Aus der Prognose massiv beeinträchtigter Wirtschaftsleistung, die die Autoren wegen des rückläufigen Arbeitsangebots für zwangsläufig halten - wie oben dargelegt zu Unrecht -, folgt ab S. 40 die Prognose einer beschleunigten Preissteigerung. Die Menschen verlören in einer Grundeinkommengesellschaft sofort das Vertrauen, dass ausreichend Güter und Dienstleistungen produziert würden. Sie würden sich fragen (S. 41):

"... hat sich *von heute auf morgen eine ganze Reihe von Leuten* bequem zurückgelehnt, die eingekauften Waren konsumiert, aber keine neuen produziert? Eine solche Entwicklung liefe über kurz oder lang auf Geldentwertung hinaus, da das Güterangebot schrumpfen würde bei gleichbleibender nominaler Nachfrage." (*Hervorhebung H.W.*)

Es sei dem Leser überlassen, diese Formulierung mit der zu erwartenden Wirklichkeit zu vergleichen. Dass die nominale Nachfrage bei dieser Entwicklung gleich bliebe, stimmt natürlich auch nicht, denn das bis dahin erzielte Markteinkommen derjenigen, die sich zurücklehnen, entfiel ja.

Es ist keine allgemeine Preiserhöhung zu erwarten, aber eine andere Struktur der Preise. Güter und Dienstleistungen, die überwiegend unangenehme Arbeit erfordern, könnten in der Tat teurer werden. Andererseits zeigt sich bereits heute eine günstige Entwicklung, beispielsweise bei der Open-Source-Bewegung, die durch das Grundeinkommen einen mächtigen Schub erhalten wird. Hier entstehen viele Dinge allein aus der Motivation heraus, etwas zu schaffen. Die Ergebnisse sind herkömmlichen Produkten durchaus ebenbürtig, ja zum Teil sogar leistungsfähiger,

<sup>1</sup> Siehe auch die menschenrechtliche Kritik an Transfersystemen, die auf Bedürftigkeitsprüfungen basieren. [Rolf Künnemann](#), S. 5.





und sie werden kostenlos oder zu niedrigen Preisen bereitgestellt. Ähnlich preisdämpfend wirken auch regional vernetzte Wirtschaftsformen, die ebenfalls durch das Grundeinkommen erleichtert werden. ([Netzwerk Grundeinkommen](#), Textziffer 37)

#### **4. Rückzug in die persönliche "Autarkie" führe zu Produktionseinbußen, Bildungsferne und Umweltschäden**

Wenn schon Kampfschrift, dann auch Kampfbegriffe, mag sich das Team um Heiner Flassbeck gedacht haben, als es die angebliche Neigung der Grundeinkommensbezieher, sich "bequem zurückzulehnen" und die nötigen Arbeiten selbst zu erledigen, statt sie extern zu vergeben, mit "Autarkie" bezeichnete (S. 41ff). Unter Ökonomen gilt diese Wirtschaftsweise als extrem anstößig, da sie zum weitgehenden Verzicht auf spezialisierte Arbeitsteilung und damit meist zu Wohlstandsverlusten führt. In einer Grundeinkommenswelt kann von derlei kaum die Rede sein, weil ja jeder erst einmal seine 1000 Euro monatlich zur Verfügung hat und sie für Fremdbezüge ausgibt.

In Entwicklungsländern gibt es sogar den umgekehrten Effekt. Wie regional begrenzte Versuche mit partiellem Grundeinkommen in Afrika und Indien gezeigt haben, führt das Grundeinkommen dort gerade erst zur Entwicklung einer Geldwirtschaft mit den positiven Wirkungen der arbeitsteiligen Spezialisierung. So wurde etwa in Namibia nach Einführung eines minimalen Grundeinkommens im Dorf [Otjivero](#) beobachtet, dass Kleingewerbe entstand und dass es sich für Ärzte erstmals lohnte, Patienten vor Ort zu behandeln.

Für Deutschland kommen die Verfasser zu bedrohlichen Krisenszenarien (S. 47). Die Bereitschaft, sich durch Bildung zu spezialisieren, werde angeblich beeinträchtigt:  
"Die dem bedingungslosen Grundeinkommen innewohnende Tendenz zur Autarkie dürfte es für den einzelnen rationaler erscheinen lassen, seine Fähigkeiten, wenn überhaupt, dann eher in die Breite als in die Tiefe zu entwickeln. Ist es auf Dauer finanziell vorteilhafter, selbst sein Badezimmer zu fliesen, ... dann kommt ein Allround-Talent vermutlich besser zurecht als ein Spezialist in Sachen Endokrinologie."

Abstruser geht es wohl nicht. Warum sollte ein Mensch, der dazu befähigt wäre, sich nicht bemühen, ein Spezialist zu werden, wenn er dann ein Vielfaches des Grundeinkommens verdienen würde?

Ebenso ist die Erwartung abwegig (S. 48), Menschen aus bildungsfernen Schichten würden noch mehr als jetzt schon vor der Anstrengung der Bildung und Ausbildung zurückschrecken. Der Vermutung, eine dauerhaft verlässliche finanzielle Absicherung verringere den Anreiz zu Bildung und Ausbildung, fehlt jede empirische Bestätigung.

Die Argumentation mit Effizienz und Produktivität verdeckt einen anderen wichtigen Aspekt. Die Möglichkeit, mehr als bisher in freier Entscheidung und ohne Bezahlung für andere tätig zu sein, bewirkt - wie oben bereits erwähnt - einen heilsamen Funktionswandel von Wirtschaft und Gesellschaft. So mag ja die Arbeit im Do-it-yourself-Verfahren gelegentlich weniger effizient als die Arbeit von Profis sein, aber sie befriedigt auch und gibt Anlass zu nachbarschaftlicher Unterstützung. Tauschringe und Seniorengenossenschaften werden nicht in erster Linie zum Steuernsparen gegründet,



sondern weil sie wechselseitige menschliche Zuwendung und das Vertrauen auf Gegenseitigkeit bringen. Die möglichen Produktivitätsverluste - gemessen in Geldeinheiten - könnten weit überkompensiert werden durch ein Mehr an ganzheitlicher Produktivität und damit - hoffentlich - auch Mitmenschlichkeit.

Besonders gering dürfte die Neigung zum Verzicht auf Erwerbsarbeit bei den hochqualifizierten Spezialisten sein, die hohe Einkommen erzielen und überdies starke nicht-monetäre Motive für ihre Erwerbstätigkeit haben. Die Befürchtungen, das Grundeinkommen werde infolge seiner "Autarkietendenz" zu einem Mangel an leistungsfähigen Fachkräften führen (S. 45f) sind gegenstandslos.

Auch im Bereich der Ökologie fürchten die Verfasser Schlimmes (S. 49):

"Wer ... auf niedrigem Einkommensniveau teilweise autark lebt, der wird auch eher auf Brennholz für seinen simplen Kachelofen zurückgreifen ..." - *Feinstaub!* - "Die Umweltzerstörung in den ärmsten Ländern dieser Erde spricht Bände, was die ökologischen Vor- und Nachteile der Autarkie und geringer Produktivität betrifft." Überflüssig, diese verzerrte Weltsicht zu kommentieren.

Nur der Vollständigkeit halber sei an den Vorschlag des Ökobonus erinnert, der einen Beitrag zur Finanzierung des Grundeinkommens leisten und gleichzeitig starke Anreize zum ökologisch nachhaltigen Wirtschaften setzen kann (vgl. "[Öko-Grundeinkommen und Ökobonus](#)").

## 5. Das Grundeinkommen sei eine riesige Umverteilungsmaschinerie

Auf S. 203 wird behauptet:

"Die für ein Grundeinkommenssystem benötigte Umverteilungsmaschinerie, wenn das bisherige Niveau der sozialen Sicherung aufrechterhalten werden soll, wäre gigantisch ... Daraus folgt, dass selbst wenn die dafür erforderliche Steuererhebung anfänglich durchsetzbar wäre, ...dieses System sofort Forderungen ausgesetzt wäre, die Umverteilungsmaschinerie wieder abzubauen."

Dies ist nicht nachvollziehbar. Die in den zur Beurteilung herangezogenen Modellen vorgeschlagenen Regelungen lassen sich durch sehr einfache administrative Maßnahmen - insbesondere durch die Finanzverwaltung - umsetzen. Im Gegenteil, der bürokratische Aufwand würde immens reduziert, weil ein sehr großer Teil der Sozialbürokratie wegfiel.

Vielleicht meint der Verfasser allerdings, dass es nicht der Mechanismus der Umverteilung, sondern der eigentliche Reichtumsentzug ist, der als gigantisch zu bezeichnen wäre. Es wäre also die Rückverteilung von Einkommen und Vermögen, die von den Reichen nicht geduldet würde. Dieses Argument würde allerdings für die von den Autoren vorgeschlagene Politik einer großen Umverteilung von oben nach unten in gleicher Weise zutreffen.

## 6. Problematische Darstellung des Grundeinkommensvorschlags von Götz Werner

Die im heutigen Steuersystem regressive Wirkung der Konsumsteuer (S. 22ff) kann durch geeignete Steuersätze gemildert, wenn nicht aufgehoben werden. So



argumentiert zumindest Götz Werner. Auch ist es nicht zwingend, dass staatliche Aufgaben mangels Finanzierung privatisiert werden müssten. Die Berechnung des Steuersatzes - ohnehin eine komplizierte und unsichere Aufgabe - wird ohne Berücksichtigung von Einsparungen durchgeführt, die einen Teil der Grundeinkommensfinanzierung übernehmen können.

## 7. Grundeinkommen kein Allheilmittel

Kritiker der Grundeinkommensidee neigen dazu, dem Grundeinkommen zu verübeln, dass es nicht alle Probleme lösen kann. Auch dieses Buch macht da keine Ausnahme. So wird auf S. 47 bemerkt, dass das Grundeinkommen sich nicht als Mittel gegen Fachkräftemangel, Bildungsrückschritte eignet. Auf S. 140 wird kritisiert, makroökonomische Zusammenhänge, die zur aktuellen Situation geführt haben, würden durch das bedingungslose Grundeinkommen nicht gelöst, nicht einmal wahrgenommen. Das Grundeinkommen könne das Zugrunderichten der Marktwirtschaft durch falsche Wirtschaftspolitik basierend auf falscher Theorie nicht verhindern. Kein vernünftiger Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens behauptet, dieses könne alle Probleme lösen; ein entsprechendes Versagen kann der Grundeinkommensidee nicht vorgehalten werden.

## 8. Unzutreffende Behauptungen

Nur der Vollständigkeit halber sollen noch ein paar weitere Fehler erwähnt werden:

- Auf S. 51 wird behauptet, durch das bedingungslose Grundeinkommen würden alle Sozialleistungen überflüssig, weil sie eben pauschal durch das Grundeinkommen ersetzt würden. Wie der [Modellübersicht](#): zu entnehmen ist, enthalten alle Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens zusätzliche auf Antrag zu gewährende Hilfen bei Sonderbedarf (auch z.B. für die im Buch genannten Dialysepatienten und Bluter).
- Von Unverständnis für das Funktionieren jedes Grundeinkommensmodells zeugt die Bemerkung, einfache Arbeiten müssten "mit einem deutlichen Abstand zum Grundeinkommen entlohnt werden" (S. 44). Hier schimmert die Denkweise durch, die im heutigen System gilt: das Lohnabstandsgebot. Mit Grundeinkommen bildet jeder Lohn selbst den Abstand. Richtig ist, dass sich eine neue Lohnstruktur herausbilden wird, in der einfache Arbeiten relativ zu anderen Arbeiten höher als heute bezahlt werden.
- Nicht nachvollziehbar ist die Behauptung auf S. 200, Grundeinkommens-Befürworter hätten Angst vor Produktivitätsfortschritt. Im Gegenteil: Der Produktivitätsfortschritt ist einer der Gründe, warum das Grundeinkommen als Sozialdividende aufgefasst werden kann. Wie im Buch sehr einleuchtend ausgeführt wird, sind Produktivitätsfortschritte ja keineswegs Ergebnis nur der Leistungen, die von den direkt an der betreffenden Produktion beteiligten Mitarbeitern erbracht werden. In ihnen wirkt sich die Leistung der gesamten Gesellschaft aus, auch der vorangegangenen Generationen. Das Ergebnis gehört deshalb anteilig allen.



- Niemand ist erfreut, wenn er zu Unrecht verunglimpft wird. Das gilt auch für Grundeinkommensbefürworter, wenn sie lesen (S. 53), "Advokaten des Grundeinkommens, denen das Wohlergehen der Menschen in den unteren Einkommenschichten tatsächlich oder vielleicht auch nur scheinbar am Herzen liegt", stellten sich nicht hinter Maßnahmen, die die Situation dieser Menschen unmittelbar verbessern würden. Es wurde wohl übersehen, dass viele Grundeinkommensbefürworter sich u.a. für eine angemessene [Kindergrundsicherung](#), für eine auskömmliche allgemeine [Grundrente](#) sowie für den [Mindestlohn](#) und gegen Kombilöhne einsetzen.
- Unsachliche Behauptungen und desavouierende Unterstellungen durchtränken das Buch seitenweise, z.B. S. 52ff. Derartiges hat in einer sachlichen Analyse nichts verloren. Auch die mehrfache Erwähnung eines "utopischen Schlaraffenlandes" (auch, aber nicht nur S. 76), das mit dem bedingungslosen Grundeinkommen verwirklicht werden sollte, bringt keinen Erkenntnisfortschritt.

## Fazit

Die Argumente gegen ein System mit bedingungslosem Grundeinkommen können nicht überzeugen. In vielen Punkten kommt eine sachliche Betrachtung zu anderen Ergebnissen. Dass die Analyse des bedingungslosen Grundeinkommens von unrealistischen Grundannahmen und manchen gravierenden Fehlern beherrscht ist und damit zu falschen Ergebnissen führt, ist unübersehbar.

Das Gesamtbild des Buches ist somit zwiespältig, denn besonders der dringend notwendige Fokus auf Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung ist verdienstvoll. Die Forderungen nach einer neuen, rationalen Wirtschaftspolitik sind beachtlich. Wenn sie durchgesetzt werden könnten, käme das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in Deutschland und Europa einen großen Schritt voran. Die aktuelle politische Konstellation lässt das allerdings nicht erwarten, und umso düsterer sind die Zukunftsaussichten.

Für politisch engagierte Menschen bedeutet das, sich auf harte Zeiten einzustellen und beharrlich an der Überwindung der aktuellen Missstände zu arbeiten. Die Grundforderung des Buches, dass wir mehr soziale Gleichheit brauchen, ist völlig zutreffend. Dazu können Schritte in Richtung Grundeinkommen einen Beitrag leisten. Es ist - bei all ihrer Kritik an den Aussagen zum Grundeinkommen - überraschend, wie gut sich die von den Autoren vorgeschlagene Wirtschaftspolitik mit einigen Grundeinkommensmodellen verbinden ließe. Hier ist insbesondere die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu nennen. Ein allgemeiner Mindestlohn wird von vielen Grundeinkommensbefürwortern ebenso vehement gefordert wie sie den Flächenbrand der offenen oder verdeckten Lohnsubventionen (insbesondere durch Hartz IV und Minijobs) ablehnen. Gemeinsam ist auch der Kampf für eine Bürgerversicherung oder allgemein die Absicherung der paritätisch und solidarisch gestalteten sozialen Sicherung bzw. die Rückkehr zu ihren bewährten Prinzipien. Dass das bedingungslose Grundeinkommen als starker Konjunkturstabilisator wirken würde, dürfte unmittelbar einleuchten. Darf man auf einen Schulterschluss der jetzt entgegengesetzt erscheinenden Positionen hoffen? Das Plädoyer für eine "ungeschminkte Bestandsaufnahme und eine daraus abgeleitete Therapie" (S. 210) der aktuellen



Krisenerscheinungen bietet sicherlich einen Ansatz für gemeinsame Arbeit - unter  
Einschluss der Grundeinkommensidee.

Berlin, 14. November 2012